

Der Oligarch, der Geschäfte führt wie einen Krieg

Veröffentlicht am 30.03.2015 | Lesedauer: 6 Minuten

Von **Eduard Steiner**



Der drittreichste Ukrainer Igor Kolomojskyj spricht mit Journalisten. Staatspräsident Petro Poroschenko hat den umstrittenen Oligarchen letzte Woche als Gouverneur der Dnepropetrow...

Quelle: picture alliance / Mykhaylo Mark

Er gilt als härtester Oligarch der Ukraine. Er besitzt ein Milliardenvermögen und wähnt sich über dem Gesetz. Doch als Igor Kolomojskyj seine Privatarmee aufmarschieren ließ, wurde es Kiew zu viel.

Wer ein Psychogramm von Igor Kolomojskyj erstellen will, tut gut daran, Leute zu befragen, die mit dem ukrainischen Oligarchen schon mal geschäftlich zu tun hatten. Vor einigen Jahren etwa sagte Kolomojskyj einem westlichen Manager, der nicht namentlich genannt werden will, zum Thema Tilgung von Bankverbindlichkeiten: „Nur Feiglinge zahlen Schulden (<https://www.welt.de/themen/schulden/>) zurück“.

Im Oktober des Vorjahres dann gab Kolomojskyj vor Journalisten freimütig zu, drei Staatsbürgerschaften zu besitzen: neben der ukrainischen noch die israelische und zypriotische.

Wie er das mit seiner Position als Gouverneur der Region Dnepropetrowsk vereinen könne, wo doch laut ukrainischer Verfassung der Besitz zweier Pässe verboten sei, wollten die

Journalisten wissen. „In der Verfassung steht, dass die doppelte Staatsbürgerschaft verboten ist“, antwortete Kolomojskyj süffisant. „Aber die dreifache ist nicht verboten.“

Zweimächtigster Mann im Staat

Ein Mann, der über dem Gesetz steht? So jedenfalls hatte es den Anschein. In den vergangenen zwölf Monaten schien es nichts zu geben, was den heute 52-Jährigen, der laut der Zeitschrift „Forbes Ukraine“ 1,4 Milliarden Dollar Vermögen besitzt und damit Platz drei unter den Reichsten des Landes einnimmt, noch hätte halten können.

Der Krieg zwischen der Kiewer Zentralregierung und den von Russland mit Waffen und Kämpfern unterstützten ostukrainischen Separatisten machte Kolomojskyj zum mächtigsten Mann im Land hinter dem Staatspräsidenten Petro Poroschenko. Vergangene Woche sah sich dieser veranlasst, die Reißleine zu ziehen und Kolomojskyj als Gouverneur abzusetzen (</politik/ausland/article138757756/Poroschenko-feuert-Oligarchen-in-der-Ostukraine.html>).

„Ich bin überzeugt, dass Sie ein Patriot der Ukraine bleiben“, sagte Poroschenko zu ihm. „Danke für die Zusammenarbeit“, entgegnete Kolomojskyj trocken.

Aus Angst, die Russen könnten den Keil zwischen den beiden ausnützen, legten sie in einer Pressekonferenz nach und betonten, man verstehe einander vollauf. Sein Verhältnis zu Poroschenko sei „umwerfend“, ließ Kolomojskyj wissen und griff wieder in die Coolness-Kiste: Poroschenko sei ein „sehr geduldiger Mensch. An seiner Stelle hätte ich mich schon nach drei Monaten abgesetzt“.

Gegen Verhandlungen mit Separatisten

Was Kolomojskyj so gefährlich macht, war bereits Mitte des Vorjahres in einem internen Papier deutscher Nachrichtendienste zu lesen, das der „Welt“ vorliegt. „Der kolossale finanzielle Einfluss von Igor Kolomojskyj auf die politische Riege der Ukraine erlaubt es ihm, der neuen Führung des Landes praktisch seine Spielregeln zu diktieren“, heißt es darin. Auch stelle er sich gegen jegliche Verhandlungen mit den Separatisten.

Dabei war es die neue Regierung in Kiew selbst gewesen, die den Unternehmer aus dem nach Kiew reichsten Landesteil Dnepropetrowsk so groß werden ließ. Indem sie ihn auf den Gouverneursposten setzte, verlieh sie dem traditionellen ukrainischen Oligarchensystem eine neue Qualität.

Bis zum Vorjahr nämlich hatten die Top-Milliardäre die Politik nur indirekt finanziert und mitbestimmt. Mit Kolomojskyj saß zum ersten Mal einer der reichsten Männer des Landes auch direkt an den Schaltstellen des politischen Systems, das er im Interesse seiner eigenen Geschäfte beeinflusste und lenkte.

Neue Identität als Verteidiger der Souveränität

Obwohl manche seinen Machtzuwachs fürchteten, führte an Kolomojskyj, der sein erstes Geld noch zu Sowjetzeiten mit Schachspielen verdient hatte und sich später im Bank-, Flug- und Ölgeschäft breitmachte, kein Weg vorbei. Aus Verzweiflung über die zunehmende Radikalisierung im Osten suchte die Regierung schon im Frühjahr 2014 regionale Anführer mit finanzieller Potenz, die den Separatismus eindämmen und der darbedenden Armee mit Geld helfen könnten.

„Kolomojskyj ergriff die Chance, sich eine neue Identität als leidenschaftlicher Verteidiger der ukrainischen Souveränität zu verschaffen“, schrieb Serhij Leschtschenko, Ukraines führender Enthüllungsjournalist und mittlerweile Parlamentsabgeordneter, schon im Vorjahr.

In der Tat legte sich Kolomojskyj mächtig ins Zeug. In der wichtigen Region Odessa installierte er als Gouverneur einen Mann, der zuvor bei ihm in seinem Finanz- und Industriekonglomerat „Privat Group“ angestellt war. Er baute mehrere Freiwilligenbataillone auf, von denen viele besser ausgerüstet sind als die regulären Streitkräfte. Mit diesen Einheiten löste er auch geschäftliche Angelegenheiten.

So riss er sich etwa eine Odessaer Raffinerie, die zuvor dem Umfeld des im Zuge der Maidan-Proteste gestürzten Präsidenten Viktor Janukowitsch gehört hatte, unter den Nagel. Gleichzeitig beeinflusste er die Gesetzgebung in Kiew so, dass sie seinen Unternehmen nützte – und zwar über seinen Geschäftspartner Andrej Iwantschuk, der später zur rechten Hand von Premierminister Arseni Jazenjuk wurde, wie Enthüllungsjournalist Leschtschenko im Gespräch mit der „Welt“ erklärt.

Geschäfte wie Krieg

Das hat lange funktioniert. Bis sich in den vergangenen Tagen das Blatt wendete. Das Parlament verabschiedete ein Gesetz, das die Rechte des Staates bei Schlüsselunternehmen zu Ungunsten der mitbeteiligten Oligarchen stärkt. Vor allem im lukrativen Energiesektor, bei Firmen wie Naftogaz, Ukrnafta oder Ukrtransnafta, war das für den Staat wichtig, entgingen ihm doch bis zuletzt viele der dringend benötigten Einnahmen.

Kolomojskyj, der mit seinen 42 Prozent Anteilen am Ölkonzern Ukrnafta bisher den Staat in Sachen Dividendenausschüttung, Management und strategischen Fragen hatte übervorteilen könne, geriet in Weißglut. Kurzerhand ließ er Kämpfer seiner Bataillone vor der Zentrale von Ukrnafta auffahren.

Kolomojskyj führt seine Geschäfte wie einen Krieg. „Keiner konnte mit ihm, weil er alle über den Tisch zog“, erklärt ein westlicher Manager im Gespräch. Das mussten etwa die damals noch eigenständigen Austrian Airlines oder ein Schweizer Flugdienstleister spüren, die von Kolomojskyj mit rüden Methoden aus dem Geschäft gedrängt wurden.

Auch den wirklichen Krieg überstand er vergleichsweise glimpflich. Zumindest erlitt er geringere Verluste als andere Oligarchen, von denen manche einen beträchtlichen Teil ihrer Produktionsanlagen in den umkämpften Gebieten stehen haben.

Dabei haben ihm die Russen, die ihn bis aufs Blut hassen, seine Aktiva auf der Krim weggenommen und die Moskauer Tochter seiner ukrainischen „Privat“-Bank geschlossen, nachdem er im Vorjahr Kremlchef Wladimir Putin einen „kleinen Schizophrenen“ genannt hatte. Wegen Verdachts auf Auftragsmorde und Entführungen haben die Russen ihn international zur Fahndung ausgeschrieben.

Den Oligarchen den Krieg erklären

Fürs Erste sieht es aus, als würden in der Ukraine nun andere Zeiten anbrechen. Abgesehen davon, dass man in der Phase des Waffenstillstandes keinen Scharfmacher gegen Russland braucht, muss das offizielle Kiew auch den internationalen Geldgebern zeigen, dass man neue Regeln für das Geschäft etabliert ([/wirtschaft/article138638650/Ukraine-bekommt-Milliarden-und-liefert-nichts.html](https://wirtschaft/article138638650/Ukraine-bekommt-Milliarden-und-liefert-nichts.html)).

Er habe Kolomojskyj erklärt, dass das „Gesetz des Dschungels“ angesichts der neuen Verhältnisse nicht mehr gelte, sagte US-Botschafter Geoffrey Pyatt neulich. Ohnehin war seit geraumer Zeit gerade von Ökonomen bemängelt worden, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) seine Kredite (<https://www.welt.de/themen/kredit/>) zu wenig an die Bedingung bindet, das wettbewerbsverzerrende Oligarchensystem endlich zu demontieren.

Ob es dazu kommt, wenn Präsident Poroschenko selbst auf Rang acht der Forbes-Liste steht und sein Geschäft trotz Versprechen nicht veräußert hat, gilt als fraglich. Wiewohl die Volksvertreter in Regierung und Parlament nach der Absetzung Kolomojskyjs „keinen anderen Ausweg mehr haben, als allen anderen Oligarchen den Krieg zu erklären“, wie Mustafa Najem, Abgeordneter für die Poroschenko-Partei im Parlament, dieser Tage erklärte.

In jedem Fall könne Poroschenko mit dieser Aktion sein Rating erhöhen, mehr Einfluss des Staates auf die Wirtschaft demonstrieren und die Verhandlungsposition mit den Geldgebern stärken, so eine aktuelle Analyse von „Forbes Ukraine“. Aber auch für Kolomojskyj bringe die Situation Vorteile, schreibt Forbes: Er könne sein eigenes politisches Projekt etwa in Form einer Partei starten.

Und vielleicht erhält er sogar vom staatlichen Ölkonzern Naftogaz nun eine Entschädigung für angeblich jahrelang ausgebliebene Zahlungen für Gas. Kolomojskyjs „Privat Group“ bezifferte den Streitwert für die vergangenen Jahre mit fünf Milliarden Dollar.

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/138901821>